

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25241.
Nur für Nachgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zahlung sowie bei einmündiger Zahlung durch die Post (ohne Bestellgeld) 1 40 M., monatlich 1 20 M. Die einjährige mit Porto 16 M. 75 Pf. Bei Anzeigen unter Gedenk- und Nachweismarkt, einseitige An- und Abnahme 12 M., zweiseitige 10 M. 75 Pf. Ausdrückliche Haftung gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 15 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Marktwache 35/40.

Draht u. Fernspr. von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Roma 19 295 Leipzig.

Redaktion nur mit beschrifteter Quittung (Dresdner Nachr.) möglich. — Unpersönliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Abtretung des deutschen Ostens.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 11. Aug. (Eig. Drahtmeld.) Im preussischen Herrenhause begannen heute nachmittag die Verhandlungen der Reichs- und Staatsbehörden mit den polnischen Delegierten über die Durchführung der im Friedensvertrage enthaltenen Bestimmungen. In dem großen Sitzungssaale versammelten sich außer den Vertretern der Zentralbehörden des Reiches und Preussens und einer Reihe meist aus der Ostmark geladenen Sachverständigen, sowie den 45 Delegierten Polens auch die Vertreter der hiesigen Militärmission der Alliierten. Unterstaatssekretär v. Daniel vom Auswärtigen Amte leitete die Verhandlungen durch eine Ansprache ein, in der er namens der deutschen und preussischen Regierung der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Konferenz im Geiste des Entgegenkommens geführt werden möge. Ihm erwiderte namens der Polen Unterstaatssekretär des polnischen Ministeriums des Auswärtigen Dr. Wroblewski. Die Leitung der Verhandlungen wurde danach dem Ministerialdirektor v. Simson vom Auswärtigen Amte übertragen. Deutscherseits ist Referent Graf Verdenfeld vom Auswärtigen Amte, der während des Krieges stellvertretender Polizeipräsident von Lodz und danach in wichtiger Stellung beim Verwaltungsrat in Warschau tätig war, wahrscheinlich werden bereits morgen, wo die eigentlichen Arbeitssitzungen beginnen sollen, die einzelnen Stoffgebiete in besonderen Gruppen in Angriff genommen werden können. Der große Stab der polnischen Delegierten und unter eigenem umfangreiches Arbeitsprogramm lassen auf eine längere Dauer der Konferenz schließen.

Die Abtretung Oberschlesiens.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 11. August. Die „Times“ meldet aus Paris: Am Rat der Alliierten ist die Forderung Oberschlesiens als Zone nach der Ratifikation des Friedensvertrags im amerikanischen Konvent schlagend.

Bern, 11. August. Nach einer Meldung des „Nouvelles de Vion“ werden die alliierten Truppen für die Abtretung Oberschlesiens voraussichtlich insgesamt die Stärke einer Division besitzen. Jede der vertretenen Mächte wird drei Bataillone schicken.

Der Verkehr mit Polen.

Berlin, 11. August. Wie bereits bekannt gegeben wurde, wird die deutsche Ausreisegenehmigung noch den von den Polen besetzten Gebieten durch das für den Wohnsitz oder den ständigen Aufenthaltsort zukünftige Generalkommando ausgestellt. Für den Bezirk des 5. Armeekorps erstellt die Zentralpolizeistelle Wien in Frankfurt a. O. die Ausreisegenehmigung. — Die Eisenbahnstation Breslau teilt mit: Mit sofortiger Gültigkeit ist der Personen- und Gepäckverkehr mit den von Polen besetzten Teilen der Provinz Polen über die Grenzstationen Kempen, Benschen, Kreuz, Kobenzsals wieder aufgenommen worden.

Belgier in Malmédy.

Berlins, 11. Aug. Eine belgische Eskadron Kavallerie wird morgen in Malmédy, ein Bataillon Carabinier auf dem Truppenübungsplatz Eisenborn einrücken. Die belgische Kavallerie soll wohl dafür sorgen, daß die Bevölkerung von Malmédy für Belgien erklärt wird. So wird vom Verbands das berühmte Selbstbestimmungsrecht in die Tat umgesetzt.

Preußen zur Bildung Groß-Thüringens.

Berlin, 11. August. (Amtlich.) Am 9. August fand auf Einladung der preussischen Regierung in Weimar unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Zusammenkunft von Vertretern derjenigen preussischen Gebietskörperschaften, die nach den von Thüringen geäußerten Wünschen im Falle der Bildung eines preussischen Großthüringens für eine etwaige Vereinigung mit diesem Staate in Frage kommen könnten. Zweck der Zusammenkunft war eine Aussprache zwischen der Regierung und den beteiligten Kreisen Preußens über die Haltung, die gegenüber den von Thüringen geäußerten Wünschen einzunehmen sein wird. Sämtliche anwesende Vertreter der beiden Provinzen, sowie sämtliche anwesende Abgeordnete von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sprachen sich auf Grund ihrer Kenntnis der Stimmung der Bevölkerung ausnahmslos dahin aus, daß eine etwaige Abtretung preussischer Gebiete den Wünschen der Bevölkerung nicht entspricht und daher unter keinen Umständen in Frage kommen könnte. Im übrigen ist die Nachricht, daß Preußen mit der Ueberlassung von Staatsgebieten an Großthüringen sich endgültig einverstanden erklärt habe, nicht zutreffend.

Grew tritt wieder hervor.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Amsterdam, 11. Aug. Nach einer Neuentdeckung aus London soll der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Lord Edward Grew zum englischen Botschafter in Washington ausersehen sein.

Der Hochverräter Dorian in Paris.

Frankfurt a. M., 11. Aug. Laut „Frankf. Sta.“ erfährt der rheinische Nachrichtendienst aus unbedingt zuverlässiger Quelle über Holland, daß Dr. Dorian vergangene Nacht in Paris eingetroffen ist, um über einen neuen Versuch zur Ausrufung der Republik zu verhandeln.

Die Folgen der ungarischen Räuberherrschaft.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 11. August. „Daily Mail“ meldet aus Budapest: Die Entschädigungskommission hat die durch die Regierung Bela Kun's dem ungarischen Staate zugefügten Schäden auf rund 6 Milliarden Kronen geschätzt. Von der Kommission wird jedoch verneint, daß diese Verluste die Zahlungsunfähigkeit Ungarns gegenüber der Entente bedeuten. Während der Räuberregierung sind in Budapest an 900 Hinrichtungen vollzogen worden.

Ruhe und Ordnung in Ungarn.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Budapest, 11. Aug. Das magyarische Korrespondenz-Bureau meldet: Die früheren Verwaltungsämter haben bereits im ganzen Lande die Leitung der Verwaltung übernommen, was überall in Ruhe und Ordnung vor sich ging. Ueber die Lage in Transdanubien teilt das Kriegsministerium halbamtlich mit: Bis auf unbedeutende geringfügige Ausbreitungen herrscht Ruhe und Ordnung. Die Organisation der Personalmacht schreitet zünftig vorwärts. Täglich kommen aus verschiedenen Orten Meldungen, daß die Ruhe wiederhergestellt ist. Die Entwaflnung der roten Gardien nähert sich ihrem Ende.

Ministerrat in Bukarest.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Budapest, 11. Aug. Das rumänische Pressebureau meldet: Heute vormittag wird in Bukarest ein Ministerrat stattfinden, an dem alle in Bukarest anwesenden Regierungsmitglieder teilnehmen werden. Der Ministerrat wird sich mit der Antwort der rumänischen Regierung auf die Frage gerichtet Entente noten befassen. In Regierungskreisen verläutet Rumänien wolle keinesfalls Ungarn räumen, ehe nicht die Entente alle im Vertrage von 1916 gemachten Zugeständnisse einlöst.

Rumänische Rolle in Ungarn.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 11. Aug. Halbamtlich wird aus Bukarest gemeldet, daß gestern ein Ministerrat stattfand, der über die von den Alliierten an die rumänische Regierung gerichtete Note, die ungarische Frage betreffend, beraten hat. Der vom Ministerrat gefasste Beschluß liegt noch nicht vor. Nach den Informationen der rumänischen Regierungspresse soll das Kabinett auf dem Standpunkt stehen, daß die Abtretung in Ungarn erst erfolgen könne, wenn die Pariser Friedenskonferenz die Rumänen im Vertrag von 1916 gemachten Versprechungen erfülle. Des Weiteren wird aus Bukarest gemeldet, daß die Öffentlichkeit geschlossen hinter der Regierung stehe. Die Presse polemisiert gegen die Forderungen der Alliierten und vertritt die Anschauung, daß Rumänien berechtigt sei, auf eigene Faust zu handeln und sich bei der Räumung Rumäniens durch die Mittelmächte mitgeführte Material aus Ungarn zurückzuholen.

Die Auflösung des alten Heeres.

Berlin, 11. Aug. (Eig. Drahtmeld.) Ueber die Auflösung des alten Heeres erfährt die „Post. Ztg.“: Bis Ende September werden zunächst die Verdammungs-Kommissionen entlassen, die Festungsinspektionen und die Kriegstelegraphenabteilungen aufgelöst. Die Eisenbahnformationen werden entsprechend einer Heeresstärke von 200 000 Mann vermindert. Die Kadettenanstalten sollen der Zivilverwaltung übergeben werden. Die Garnisonärzte werden verabschiedet. Die Kommandanturen der Kriegsfestungen und die Einheiten für den Gefangenentransport müssen als militärische Stellen bestehen bleiben. Zum gleichen Zeitpunkt werden ferner aufgelöst: Die Generalinspektion der Kavallerie, die Offiziers- und Unteroffiziers-Schulen, die Grenadier-Inspektion, die Kommandanturen des Train, die Lehrschulen Königsberg, Breslau, Frankfurt a. M. und Karlsruhe, die Pionier-, Ingenieur- und Festungsinspektionen, Inspektion der Kraftfahrtruppen und der Hochschützentruppen, erste und zweite Eisenbahnbrigade, Generalinspektion des Militärärztlichen Dienstes, Inspektion der militärischen Strafanklagen, das Gouvernement Berlin, von dem nur eine Kommandantur bestehen bleibt, die Gouvernements Köln, Braunsberg, Mainz, Weib, Straßburg, Thorn, Königsberg, Ulm und Posen. Ferner werden die Kommandanturen der Truppenübungs- und Artilleriechiefschulen Warthelager, Friedrichsfeld, Eisenborn, Bohn, Wittich, Oberhofen, Gruppe, Thorn und Darmstadt aufgelöst.

Niel, 11. Aug. (Eig. Drahtmeld.) Da die Kieler Reichswerke mit dem 1. September an die Verwaltung des Reichshauptamtes übergeht und die Arbeit für die Kriegsmarine der Werk in Wilhelmshaven angewiesen werden soll, wird die Kieler Werk für diesen Zeitpunkt allein auf Arbeiten für die Privatindustrie, d. h. in der Hauptsache für den Bau von Handelschiffen angewiesen sein. Nur ein kleiner abgrenzender und als Arsenal auszubauender Teil des Werksbestandes wird voraussichtlich Marinearbeiten vorbehalten bleiben.

Neue Dokumente.

Frankfurt a. M., 11. Aug. Das „Journal de Genève“ veröffentlicht bis jetzt unbekannt Dokumente über die Friedensverhandlungen, die im März 1918 zwischen dem bayerischen Grafen Loerring, einem Verwandten der belgischen Königsfamilie, und dem belgischen Gesandten in der Schweiz begannen und sich bis Ende August hinziehen. Danach soll Loerring am 28. August dem Vertreter Belgiens mitgeteilt haben, daß die deutsche Regierung die Souveränität Belgiens wiederherstellen und für den dort angerichteten Schaden aufkommen werde. Weiter soll Deutschland ferner die Pfand verfallen haben, dagegen an Belgien das Gelände gerichtet haben, dieses möge bei der Entente für die Rückgabe der deutschen Kolonien vorzulegen werden.

Der Bahnstreik.

Neunundzwanzig Tote und mehr als hundert Verwundete sind den Chemnitzer Unruhen zum Opfer gefallen. Wenn es auch jetzt zu einem Uebereinkommen zwischen der Regierung und den Parteien gekommen ist, wenn auch der kommunistische Führer den Vertrag mit unterschrieben hat und damit sozusagen als kriegsführende Partei anerkannt ist, so will es doch sehr zweifelhaft erscheinen, ob damit die ganze Bewegung zum Stillstand gekommen ist. Es handelt sich ja nicht um Chemnitz allein; was dort geschehen ist, war oder sollte sein nichts anderes als das Signal zu einem neuen Eisenbahnstreik, für den die Kommunisten in Mitteldeutschland schon lange gearbeitet haben. Sie kämpfen, wie sie sagen, nicht um ein paar Pfennige, auch nicht um ein paar Gramm Butter, sondern um die politische Macht überhaupt, um die Einführung des Räuberregimes, um die Einleitung der Weltrevolution. Ja, wohl, um die Weltrevolution und Spartakisten in Deutschland. In Ungarn hat sie ein klägliches Ende gefunden, in der Grund der gegangenen nicht durch die Waffen der Rumänen, sondern an ihrem eigenen Unsinne. In Rußland tobt augenblicklich noch der Bolschewismus, auch dort aber trägt er schon den hippokratischen Zug im Gesicht. Längst hat Lenin selbst zugegeben, daß sein innerpolitisches Programm gescheitert sei, längst hat er Konzessionen gemacht und ist sich wohl auch darüber im Klaren, daß ohne den fast unerschöpflichen Reichtum an Bodenschätzen die Räuberherrschaft schon längst ebenso zusammengebrochen wäre, wie jetzt in Ungarn. In Luzern hat sich selbst Voltaire wegen die Diktatur des Proletariats ausgesprochen, sind die deutschen Unabhängigen, die ja noch nicht so weit gehen, wie die Kommunisten, allem geblieben, hat sich sogar Eduard Bernstein in scharfen Worten gegen den Streikwahn ausgedrückt — es nützt alles nichts, die wahnwitzige Propaganda für die Weltrevolution geht bei uns weiter. Die kommunistischen Führer der Eisenbahner kümmern sich nicht um das, was draußen vorgeht, der Bankbeamte Marx, der nicht nach seiner Verhaftung mit einer Märtyrerkrone geschmückt herumläuft, irrt die Hamburger Bankbeamten in den Streik, andere sind in Berlin bei der Arbeit, um ein gleiches in der chemischen Industrie zu erreichen. Man verhandelt, aber es kommt nichts dabei heraus. Man erläßt Aufrufe, aber sie werden wieder zurückgenommen. So war es damals in Berlin, als Roske den Eisenbahnern das Streikrecht abnahm, so ist es heute, wo der preussische Eisenbahnminister Dejer am Sonnabend erklärte, der Streik der Beamten sei eine elementare Pflichtverletzung, ein Verbrechen am deutschen Volke, und schon am Sonntag die Meldung verbreiten lassen mußte, er habe mit diesem Erlaß „keine grundsätzliche Stellung zur Frage des Streikrechts der Beamten einnehmen wollen“.

Bernstein, der Mitglied der unabhängigen und der mehrheitslosigkeitslosen Partei zugleich ist, erklärte in Luzern die Streiks als eine Fortsetzung des Stands der Hungerblockade. Jeder wisse, daß dadurch das Los der Arbeiterklasse nur verschlimmert werden könne. Auch die Regierung weiß das selbstredend, und schließt dennoch, wie in Chemnitz, Verträge ab mit den kommunistischen Führern, und magt dennoch nicht, durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Man kompromittiert sich so durch von einem Streik zum andern. Das heute nicht bewilligt wird, wird morgen bewilligt. Gelegnet sei jeder Tag, der vorbei ist. Irrend wann muß es ja einmal besser werden, muß das große Wunder geschehen, und alles, alles wieder gut werden. Eine ganze Reihe von Werken ist schon totgeerbt worden, die Wehrkraft der anderen vegetiert nur noch. In eine Auslieferung, an die Aufnahme der Konkurrenz mit dem Auslande ist trotz des unerhörten niedrigen Standes unserer Wäute, der das Ausfuhrgeschäft begünstigen müßte, nicht zu denken. Es fehlt ja auch an allem, es fehlt hauptsächlich an Kohlen. Wir könnten sie haben, wenn gearbeitet würde, und es würde wohl auch gearbeitet, wenn wir eine starke und zielbewusste Regierung hätten. Nun hat man die Kohlenwirtschaft sozialisiert und damit von Regierung wegen der Phrasen ein Ende gemacht, es würde nur zugunsten der Unternehmer gearbeitet. Die Arbeiter stehen jetzt wirklich im Dienste der Allgemeinheit, die Arbeitsleistung ist trotz dem zurückgegangen, und wird auch durch die Kommission, die die Regierung ins Ruhegebiet schicken will, schwerlich gesteigert werden, trotzdem man darauf Bedacht genommen hat, ihr nicht nur einen Sozialpolitiker und Welthandelsfachverständigen, sondern auch einen Ermüdungspsychologen beigegeben.

Aber kann man sich über all das wundern? Als der Reichsminister David bei der Beamtendebatte in Weimar gefragt wurde, wie er zum Streikrecht der Beamten stehe, sagte er, darüber könne er eine Erklärung nicht abgeben. In der Tat ist das schwierig, da die Sozialdemokratie für dieses Streikrecht jahrzehntelang gekämpft hat. Jetzt sitzen die Herren in der Regierung und erklären: „Sozialismus ist Arbeit“, erklären auch, und zwar in logischer Konsequenz der sozialistischen Idee, der Streik von Beamten und Staatsarbeitern sei ein Verbrechen an der Allgemeinheit, am Volke im Ganzen. In der Tat dienen die Beamten und Arbeiter in den Staatsbetrieben ja keinem Unternehmer, kein Einzelner bereichert sich durch ihren Schweiß, und Wege genug stehen ihnen offen, um schließlich friedlich ihre Forderungen durchzusetzen. Auf der einen Seite also das Streikrecht, auf der anderen Seite die Pflicht zur Arbeit, beides